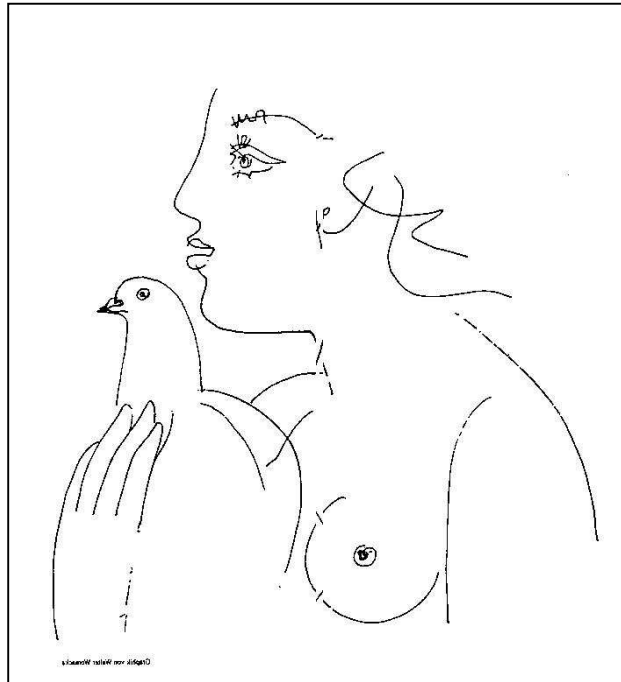


Nr. 160



Gewalt und Terrorismus in der Welt

Wer hat die Büchse der Pandora geöffnet?

Eine Dokumentation

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 07. Februar 2015

Betroffenheit und Trauer, Wut und Empörung lösten bei Millionen Menschen die schrecklichen Massaker aus, die Mitte Januar 2015 in Paris gegen die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt verübt wurden. In Frankreich bekundeten 1,5 Millionen Menschen ihre Solidarität mit den Opfern. Auch in Deutschland gingen viele Tausende auf die Straßen um der Opfer zu gedenken. Ehrlich betroffene Friedensbewegte und Anhänger der Kriegspartei sowie - unter der Fahne von Pegida - Rassisten und Irregeleitete.

Der Kabarettist Martin Buchholz sagte besorgt, er empfinde über den Massenmord „kalte Wut und hilflosen Schrecken“. Doch „Je suis Charlie“ wolle er sich nicht auf die Fahnen schreiben: „Plötzlich sind alle Charlie. Sogar die NATO.“ Buchholz warnte vor falschen Allianzen - mit der CSU oder „Bild“ bis Rechtsaußen. „Jeder islamophobe Fundamentalist darf auf einmal Charlie sein.“ (1)

Der frühere Planungschef der Bundeskanzler Brandt und Schmidt, Albrecht Müller, erklärte: „Natürlich fand ich es gut, dass so viele Menschen der Opfer gedacht haben. Ich mache mir aber Sorgen, dass diese Demonstration für etwas missbraucht wird, das dem Anliegen der übergroßen Mehrheit der Beteiligten in Wahrheit zuwiderläuft. Denn in den Köpfen bleibt doch vor allem hängen: ‚Wir sind die Guten.‘ Man feiert die sogenannten westlichen, freiheitlichen, demokratischen Werte, während im Namen von Freiheit und Demokratie weltweit gemordet, gefoltert und Krieg geführt wird. Viele der Staatschefs, die das Banner für Frieden und Toleranz hochgehalten haben, treten diese Werte mit ihrem täglichen Tun mit Füßen.“ (2)

1 Junge Welt, 12. Januar 2015

2 Junge Welt, 14. Januar 2015

Zäsur in imperialistischer Kriegsführung

Um Hintergründe terroristischer Verbrechen, um Zusammenhänge von geopolitischem staatlichem Handeln und daraus erwachsenden Reaktionen zu verdeutlichen, ist ein Rückblick auf internationale Prozesse und Vorgänge zweckmäßig.

Der Zerfall der Sowjetunion eröffnete den imperialistischen Hauptmächten die Möglichkeit zur Neuaufteilung der Welt. Das Abstecken von Einflussphären und die Errichtung von Stützpunkten wird Programm, um den Zugang zu Märkten und Ressourcen sowie ihre Kontrolle und Beherrschung abzusichern und missliebige Staaten auszuschalten. Die USA als die nunmehr „Einzigste Weltmacht“ beanspruchte globale Hegemonie in einer unipolaren Welt.

Während der Präsidentschaft Clintons wurde eine Vielzahl militärischer Operationen gegen andere Länder durchgeführt. Zur Terrorismusbekämpfung, wie es hieß. Der NATO-Überfall auf die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, an dem das größer gewordene Deutschland aktiv beteiligt war, führte zur Zerschlagung dieses souveränen Staates und brachte das Kriegsgeschehen wieder nach Europa.

Clinton wird die Äußerung zugeschrieben, kleinere Staaten ließen sich besser beherrschen als größere.

Den 9/11, den Anschlag auf das World Trade Center, nahm George W. Bush zum Anlass, als „Nationale Strategie“ seiner Administration zu erklären, dass „Krieg über lange Zeit an vielen Fronten geführt“ werde. Der „Krieg gegen den Terror“ (War on Terror) von Bush auch als „Kreuzzug“ bezeichnet war eröffnet und damit die Globalisierung des Interventionismus eingeleitet - gegen „totalitäre Gewalt“ weltweit, gegen den „Islamofaschismus“, wie es bald hieß, und für die „christliche Zivilisation“. Das neue Feindbild war geschaffen.

Die eigentlichen Inspiratoren und Regisseure des 9/11 blieben im Dunkeln.

„Wir wollen die Vormachtstellung Amerikas in aller Welt mit allen Mitteln verteidigen“, wurde in Washington verkündet.

Die USA, stets das „Gute“ repräsentierend, konstruierten eine „Achse des Bösen“. Eine Reihe von Staaten wurde als „Schurkenstaaten“ dämonisiert.

Der erste „Weltordnungskrieg“ nach dem 11. September richtete sich gegen Afghanistan, gegen die Taliban. Der Aktionsplan für diesen Feldzug hatte dem Weißen Haus schon zwei Tage vor dem Anschlag auf das World Trade Center vorgelegen. So konnte Bush, mit allen Vollmachten ausgestattet, schon drei Tage danach die US- Kriegsmaschine zum Losschlagen gegen die „Terroristen am Hindukusch“ in Bewegung setzen.

Die Globalisierung des Interventionismus hob den Krieg in den Rang des Staatsterrorismus, schürte in den betroffenen Staaten und Regionen Hass und Gegenreaktionen.

Nicht immer galten die Taliban als Terroristen.

Im April 1978 war es in dem bitterarmen, aber reich mit Bodenschätzen ausgestatteten Afghanistan zu einem Militäraufstand gekommen. Die neue linksorientierte Kabuler Regierung leitete grundlegende Reformen zur Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes ein. US-Präsident Carter reagierte mit einer Direktive zur geheimen Unterstützung von sich gegen die Reformen formierenden afghanischen Aufständischen (3). Es kam zu bewaffneten Überfällen. 1979 bat die afghanische Regierung die UdSSR um Hilfe. Sowjetische Truppen rückten im Dezember - im Rahmen eines Beistandsvertrages zwischen beiden Staaten - in das Land ein. Von der CIA unterstützt richteten afghanische Islamisten ihre Terrorattacken nicht nur gegen Schulen und Krankenhäuser sowie elementare Grundrechte der Bürger, vor allem der Frauen, sondern zunehmend gegen sowjetische Einheiten. US-Präsidentenberater Brzezinski kommentierte: „Wir haben jetzt die Gelegenheit, der Sowjetunion ihren Vietnamkrieg zu verpassen.“ (4)

3 German Foreign Policy, 12. January 2015

4 ebenda

Die USA pumpen jährlich einen dreistelligen Millionen - Betrag zur Unterstützung der Aufständischen nach Afghanistan.

Über 65.000 Tonnen Waffen wurden jedes Jahr aus den USA geliefert. Empfänger waren nicht nur Warlords, sondern auch Dschihadisten. Zu ihnen gehörte auch Osama bin Laden, der dort ein erstes militärisches Trainingslager einrichtete. Er baute auch ein Netzwerk für Al-Qaida auf. Deutsche GSG-9-Beamte bildeten Gotteskrieger aus. (5) In den Jahren des Bürgerkrieges wurden 35.000 Islamisten aus 40 Ländern mit über zwei Milliarden Dollar hochgerüstet. Die Taliban beherrschten weite Gebiete des Landes. Die Sowjetunion erlitt eine Niederlage. Auf die Frage, ob er es nicht bedaure, mit den Hilfen für die Aufständischen in Afghanistan letzten Endes Dschihadisten den Weg bereitet zu haben, antwortete Brzezinski; "Was soll ich bedauern? Diese geheime Operation war eine exzellente Idee. Sie hat die Russen in die afghanische Falle gelockt, und Sie wollen, dass ich das bedauere?" (6) Die „geheime Operation“ schuf den Nährboden, auf dem sich Taliban und Al-Qaida, ja schließlich der IS entfalten konnten. Zwei Jahre nach der Okkupation Afghanistans schlug George W. Bush mit der Lüge Alarm: Saddam Hussein sei eine Bedrohung für die ganze Welt. Der Irak sei im Besitz von Massenvernichtungswaffen. Sie würden von einem "mörderischen Tyrannen kontrolliert." Ein weiterer „Weltordnungskrieg“ der USA und ihrer „Willigen“ wurde geführt. Frau Merkel, damals Oppositionsführerin im Bundestag, unterstützte die militärische Intervention: „Man hatte einen Punkt erreicht, an dem Krieg unvermeidlich geworden war.“ (7)

Der Krieg gegen den Irak sollte die „Neuordnung“ des Nahen und Mittleren Ostens voranbringen. Damit war die Absicht verbunden, mehr als 60 Prozent der globalen Öl- und Erdgasvorkommen zu kontrollieren. Immerhin befinden sich mehr als zwei Drittel der Ölreserven in islamischen Ländern.

5 ebenda

6 www.sueddeutschezeitung.de/politik/merkel-und-der

7 Junge Welt, 15. Januar 2015

Der Krieg kehrt heim

Hatte die „geheime Operation“ der USA in Afghanistan Grundlagen für das Hervortreten und Erstarben der „Gotteskrieger“ geschaffen, so erreichte deren Aktionsfähigkeit als militärische und politische Kraft mit dem Überfall der USA auf den Irak, mit der NATO-Intervention in Libyen und der massiven Unterstützung der syrischen „Opposition“ durch NATO-Staaten und Golfmonarchien, um auch in Damaskus einen „Regime Change“ zu erreichen, eine neue Qualität.

In Libyen erwiesen sich die dschihadistischen Milizen als Hilfspolizei beim Sturz der Gaddafi-Regierung. In Syrien sorgte die „Gruppe der Freunde des syrischen Volkes“ (USA, Deutschland, Frankreich, Türkei, Katar, Saudi Arabien und VAR) für eine nach Milliarden Dollar zählende umfangreiche finanzielle und militärische Unterstützung der „Opposition“. Kassiert wurden die Mittel im Laufe der Jahre immer häufiger von Al-Qaida und Al-Nusra.

Der „Islamische Staat im Irak und in der Levante“ (ISIL), jetzt IS, folgte der Blutspur, die Al-Qaida, die Taliban und andere dschihadistische Verbände gelegt hatten. Im Irak und in Syrien erhielten sie vielseitige Unterstützung vor allem von Saudi Arabien und Katar sowie dem NATO-Mitglied Türkei. Sie schöpften aus den umfangreichen Waffendepots, für das USA, Saudi Arabien und Katar gesorgt hatten. Vor allem durch die Türkei wird für den IS personeller Nachschub aus zahlreichen Ländern des Westens und der Golfstaaten geschleust.

Der IS verfügt über umfangreiche finanzielle Mittel, Über die Türkei erfolgt der Verkauf von archäologischen Kostbarkeiten aus Syriens, die aus Funden und der Ausplünderung von Museen stammen. Über den gleichen Weg wird auch das in den vom IS besetzten Gebieten geförderte billige Erdöl abgesetzt. Abnehmer sind, wie die EU-Botschafterin im Irak zu berichten wusste, auch EU-Mitgliedsländer.

Gegenwärtig gibt es von westlicher Seite Bemühungen, in der Türkei, in Jordanien, in Saudi-Arabien und Katar, „moderate

Rebellen“, auszubilden die, wie beteuert wird, sowohl gegen den IS, aber auch gegen die syrische Armee kämpfen sollen. Die Ausbilder kommen vorwiegend aus den USA und Saudi-Arabien. Dass sich unter den „moderaten Rebellen“ auch verkappte Dschihadisten befinden, ist unbestritten. Die US-Luftwaffe bombardiert zwar IS-Stützpunkte, trifft aber mitunter auch syrische Erdölförderanlagen und Raffinerien sowie Objekte der von Bagdad benötigten Infrastruktur.

Die US-„Weltordnungskriege“, die dem globalen Hegemonie - Anspruch des Imperiums dienen, hinterlassen verheerende Folgen. Das sind über eineinhalb Millionen Tote, unzählige Verletzte, Millionen Kriegsflüchtlinge. Das sind destabilisierte Regionen. Das sind zerstörte und gespaltene Staaten. Das sind Bürgerkriege. Das sind weitere Millionen Menschen, die in Elend und Not getrieben werden und das Heer der Hungernen vergrößern. Das sind vor allem traumatische Erlebnisse der Überlebenden - bleibende Erinnerungen an Exzesse, an Folter, an US-Drohnenangriffe. Letztere verursachen nicht selten die sogenannten „Kollateralschäden“ bei Hochzeitsgesellschaften, Trauergemeinden oder Familienzusammenkünften.

Es sind nicht zuletzt diese verheerenden Folgen des Staatsterrorismus, die auch neue Kämpfer für den IS hervorbringen, die das ihnen und ihren Ländern vom Westen - allen voran von den USA - Leid und Elend rächen wollen.

Deutschland nahm und nimmt an diesen Kriegen teil. Mit Bundeswehr- Einheiten, mit dem Export von Waffen und durch die Duldung und Unterstützung von auf deutschem Boden agierenden US- Einsatzzentren des Drohnenkrieges.

Der von George W. Bush nach dem 11. September 2001 ausgerufenen und befohlene „weltweite Krieg gegen den Terror“ währt inzwischen 14 Jahre. Der Nachfolger im Amt, der Friedensnobelpreisträger Obama, setzt die Kriege fort. In Afghanistan, Pakistan, Libyen, Syrien, in Somalia, im Jemen. Das Kriegsgeschehen greift immer stärker auch auf Afrika über.

Die Auslandskorrespondentin Karin Leukefeld macht auf eine wichtige Folge dieser Kriege aufmerksam: „Mit der Zerstörung des Iraks und Afghanistans hat die politische, regionale, konfessionelle und ethnische Zersplitterung einer von Toleranz geprägten Region begonnen, in der die verschiedenen Bevölkerungsgruppen friedlich miteinander gelebt und großartige kulturelle Zeugnisse hinterlassen haben. Heute werden in dieser Region die verschiedenen konfessionellen Gruppen des Islam gegeneinander in Stellung gebracht, um sich wegen politischer oder wirtschaftlicher Gründe gegenseitig zu töten.“ (8)

Zugleich breiten sich Wut und Hass gegen die Kriegsbrandstifter aus. Religiös motivierte Gewalt und terroristische Handlungen nehmen zu und oft werden sie von Kräften initiiert, die sich zwar auf den Islam berufen, ihn aber für dunkle verbrecherische Ziele missbrauchen.

Entsprechende Analysen besagen, dass der Terrorismus auch Unterstützung erfährt von zumeist jüngeren Leuten, die in entwickelten kapitalistischen Ländern an den Rand der Gesellschaft gedrängt, ausgegrenzt, gedemütigt, von sozialem Abstieg bedroht und mitunter gettoisiert sind. Menschen, die keine Zukunft für sich sehen. Auch religiöse Fanatiker finden sich, die zu den „Gotteskriegern“ eilen. Muslime in ihrer übergroßen Mehrheit distanzieren sich von den Verbrechen des IS. Die islamischen Gemeinden in Deutschland verurteilen die Verbrechen in Paris.

Die Regierenden der imperialistischen Staaten sind verantwortlich für die nach Millionen zählenden Toten der „Weltordnungskriege“. Diese Kriege „schaffen Tag für Tag ein solches ‚Paris‘“, schreibt die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Ulla Jelpke. „Und damit schaffen sie eben den Kontext, der den Rattenfängern der Dschihadisten einen beständigen Zulauf neuer selbsternannter Märtyrer garantiert.“ (9) Der Krieg kehrt heim,

8 Junge Welt, 15. Januar 2015

9 Junge Welt, 19. Januar 2015

er kommt in die Länder zurück, die ihn führen oder, mit welchen Mitteln auch immer, unterstützen.

Absicherung der „Heimatfront“

Den terroristischen Anschlag auf das WTC nahm der US-Imperialismus nicht nur zum Anlass, „Weltordnungskriege“ zur Durchsetzung seiner globalen Hegemonie vom Zaun zu brechen. Der Feldzug gegen den Terror diente zugleich als Vorwand, die Militarisierung im Innern zu forcieren. Imperialistische Interventionskriege schließen ein, auch die „Heimatfront“ abzusichern.

Mit der Behauptung, es drohten dem Land weitere terroristische Anschläge, schuf die US-Administration unmittelbar nach dem 11. September 2001 das sogenannte Patriot Act -Gesetz. Es gab den Herren des Landes freie Hand zur Außerkraftsetzung von Bürgerrechten und zur Überwachung der Bürger. Das Ministerium für Heimatsschutz wurde gebildet. Seine 170.000 Mitarbeiter bauten ein dichtes Netz polizeilicher Maßnahmen auf. Terrorverdächtige wurden entführt. Ohne Gerichtsverfahren wurden sie in weltweit verteilten Geheimgefängnissen „weggeschlossen“.

Deutschland zog als enger Verbündeter der USA auch in dieser Frage nach. Mit dem Terrorbekämpfungsgesetz (TBG) und dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses wurden Voraussetzungen geschaffen, um das Überwachungssystem rigoros zu erweitern.

Allein von 2001 bis 2007 wurden durch eine Bundestagsmehrheit etwa 20 neue Gesetze beschlossen und mehr als 100 Einzelgesetze geändert. Die Zahl der erfassten Telekommunikationsverbindungen wurde von 350.000 im Jahre 2001 auf 1,8 Millionen erhöht, gegenüber 2001 verfünffacht. In der Erfassung und Auswertung von Kommunikationsdaten sieht es nicht viel anders aus. 2008 wurden die Befugnisse des BKA erweitert. Zur Verhütung von Terroranschlägen wurde Terror von Staats we-

gen verübt. In einem Handlexikon der Bundeszentrale für politische Bildung wird als „Staatsterror“ „Computerüberwachung und Massenkontrolle per Orwell - Mechanismus“ bezeichnet.

Totalüberwachung

Das ganze Ausmaß der Überwachung und Bespitzelung wurde deutlich, als Edward Snowden sein Gewissen sprechen ließ. Der ehemalige Mitarbeiter der National Security Agency (NSA), der Central Intelligence Agency (CIA) und der Defense Intelligence Agency (DIA) erklärte: „Im Zuge meiner Beschäftigung in diesen Einrichtungen wurde ich Zeuge systematischer Gesetzesverstöße meiner Regierung, die mich aus moralischer Pflicht zum Handeln veranlassten.“⁽¹⁰⁾

Jetzt kennt die Weltöffentlichkeit das „Demokratieverständnis“ der US-Administration: 2010 gab es in der Welt mehr als 80 gemeinsame Spionagezentren der NSA und der CIA, 10 davon in Europa.⁽¹¹⁾ „Wie aus Unterlagen von Snowden hervorgeht, greift die NSA jeden Monat in Deutschland auf eine halbe Milliarde Kommunikationsvorgänge zu, unter anderem in Frankfurt. Auch der BND bedient sich hier. Er darf bis zu 20 Prozent der Daten abzweigen“⁽¹²⁾. Die deutschen Geheimdienste haben ihr Zusammenwirken mit NSA und CIA enorm ausgebaut. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) verfünffachte von 2010 bis 2013 die Zahl der an US-Dienste übermittelten Datensätze.

Aus NSA-Unterlagen geht hervor, „dass in der Regierungszeit von Kanzlerin Merkel (CDU) die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Washington auf dem Gebiet der digitalen Aufklärung und Abwehr erheblich intensiver wurde. Die Deutschen... seien entschlossen, die Kooperation „zu festigen und auszubauen“. ... Vor allem im Laufe des Jahres 2012 habe der Partner

10 Junge Welt, 2./3. November 2013

11 Junge Welt, 28. Oktober 2013

12 Der Spiegel, 28/2013

großen ‚Eifer‘ an den Tag gelegt, seine Überwachungskapazitäten zu verbessern, und sogar ‚Risiken in Kauf genommen, um US-Informationsbedürfnisse zu befriedigen.‘“ (13)

Diese Unterwürfigkeit unter die US-Führungsmacht weckt Erstaunen und Empörung selbst in bürgerlichen Presseorganen. Darüber nämlich, dass „die Bundesrepublik das am stärksten überwachte Land der europäischen Union (ist). Es wird überwacht durch US-amerikanische, britische und etliche andere ausländische Geheimdienste, es wird überwacht durch die informationstechnische Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes mit westlichen Geheimdiensten, und es wird überwacht durch die Totalausforschung der Telekommunikation, die US- und britische Geheimdienste rund um den Globus betreiben Mithilfe der Glasfaser -, Unterseekabel- und Satelliten - Infrastruktur, von Software-Sicherheitslücken und der Nutzerdaten der Internetkonzerne.“ (14)

Heuchelei und Zynismus vereinigen sich in der „Erläuterung“ solcher Totalüberwachung durch US-Präsident Obama: „Der Hauptpunkt, den ich unterstreichen möchte, ist, dass weder ich noch die Mitarbeiter der NSA ein Interesse daran haben, irgendetwas anderes zu tun, als sicherzustellen, dass wir Terroranschläge verhindern.“ (15)

Die „Rhein - Neckar - Zeitung“ vermerkt: „In Folge der terroristischen Anschläge vom 11. September schufen die USA eine Behörde, die sich anmaßt, alle Menschen dieser Erde zu überwachen. So etwas nannte man zu Orwell Zeiten totalitäres Denken. Dabei droht der Kampf gegen den Terrorismus längst in einen Kampf gegen den Rechtsstaat umzuschlagen“ (16)

Die Berliner - Zeitung schrieb: „Edward Snowden hat uns dabei geholfen, das System der amerikanischen Geheimdienste zu

13 Der Spiegel, 30/2013

14 Berliner Zeitung, 5. Juni 2014

15 Der Spiegel, 35/2013

16 Rhein -Neckar - Zeitung, 25. Oktober 2013

erkennen. Er hat uns bewiesen, was alles möglich ist, wenn sich Technik so rasant entwickelt. Dank Snowden können wir belegen, dass die NSA sich an kein Recht hält, dass sie nicht Freund und Feind kennt, dass sie weltweit weder vor Institutionen noch Personen Respekt hat. Dass weder die UNO noch die Europäische Kommission, weder die deutsche Kanzlerin noch der französische Präsident, ja nicht mal der Papst für sie tabu sind.“⁽¹⁷⁾

Die Zeitung klammert - aus welchen Gründen auch immer - einige wesentliche Fakten aus.

- Das ist der US-Anspruch auf globale Führerschaft, der - als Herrschaftsinstrument - die Totalität der Bespitzelung der Weltöffentlichkeit - ohne Ausnahme - einschließt.
- Das ist weiter die enge Kooperation der deutschen Geheimdienste mit der NSA. Wozu sie auf Grund des Zusatzabkommens zum NATO -Truppen - Statut (Art. 3) verpflichtet sind. Nämlich „personenbezogene Daten...zu den im NATO -Truppen Statut und in diesem Abkommen vorgesehenen Zwecken“ zu übermitteln.
- Das ist schließlich die Billigung und Unterstützung der NSA-Bespitzelung durch die Bundesregierung. Die NSA unterhält bekanntlich auf deutschem Boden, in Wiesbaden, ein Überwachungszentrum. Die Beteuerung der Kanzlerin, auf deutschem Boden gelte allein deutsches Recht, ist ebenso viel wert wie ihr Amtseid, Schaden vom Bürger abwenden zu wollen. Glaubhaft dagegen ihr Bekenntnis, „dass wir in Amerika einen wahren Freund haben.“ Ihre Auszeichnung mit der höchsten zivilen Auszeichnung der USA, der „Medal of Freedom“ verpflichtet.⁽¹⁸⁾

Gang in den präventiven Sicherheitsstaat

Ein Jahr nach den Enthüllungen Snowdens und ein halbes Jahr

17 Berliner Zeitung, 2./3. November 2013

18 www.rtl.de>RTL>de>News

vor den Anschlägen in Paris wurde in der Bundesregierung und zwischen den Partnern der Großen Koalition eine Debatte über die weitere Aufrüstung des BND entfacht. Union und SPD genügte die bisherige Praxis staatlicher Bespitzelung der Privatsphäre der Bürger, ihrer Gedanken und Gespräche, ihres Schriftverkehrs nicht. 2010 hatte der Europäische Gerichtshof befunden, dass das BRD-Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung von 2008 zu weit gehe. Telekommunikationsunternehmen wollten Verbindungsdaten sechs Monate lang speichern. Sicherheitsbehörden sollten bei schweren Straftaten darauf zurückgreifen können. Die Berliner Koalition unternahm einen neuen Vorstoß. Die Vorratsdatenspeicherung müsse endlich praktiziert werden.

Nach den Attentaten auf Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt traten Unions - Politiker sofort wieder auf den Plan, um die Einführung der Vorratsdatenspeicherung zu verlangen. Wieder wurden von Politik und Massenmedien, wie in so manchem Jahr zuvor, drohende terroristische Gefahren beschworen. Irrationale Ängste wurden angefacht.

Der verbrecherische Terrorakt von Paris sollte dazu genutzt werden, um bürgerliche Individualrechte weiter aufzulösen, um das Grundgesetz peu a peu weiter auszuhöhlen.

Um zu verdeutlichen, was Vorratsdatenspeicherung umfasst, einige Beispiele:

- Bei Telefongesprächen (Festnetz, Handy, Internet) werden gespeichert: Rufnummer, Name und Anschrift des Teilnehmers, Datum und Uhrzeit des Gesprächs, Dauer des Gesprächs; zusätzlich bei Gesprächen per Handy: Standort des Anrufers.
- Bei SMS-Nachrichten: die Verbindungsdaten. Ähnliche Kriterien gelten für Internet und E-Mail. Übrigens: in Frankreich wird die Vorratsdatenspeicherung seit 2006 intensiv gehandhabt. Was die Mordanschläge in Paris nicht verhindern konnte.

Auf der EU- Innenminister - Konferenz Mitte Januar 2015 wurden weitere „Schlussfolgerungen“ aus den Bluttaten in Paris „angedacht“. Der spanischen Minister denkt an die Wiedereinführung der Grenzkontrollen in der EU. Der als Gast teilnehmende US-Minister erwartet die zügige Umsetzung eines Abkommens über die Weitergabe von Fluggastdaten.

Für eine friedliche Welt

Die Geschichte des Imperialismus hat zur Genüge gezeigt, dass Wirtschaftskrisen die Aggressivität des Systems steigern. Die Gegenwart bestätigt diese Erfahrung. Die USA führen wieder Krieg im Irak. Der US - Drohnenkrieg im Jemen und in Somalia wird verstärkt. Die Einkreisung Russlands wird mit massiver NATO- und EU- Expansion und dem Ausbau der Ukraine zum Frontstaat intensiviert. Und die Krise ist nicht überwunden. Dazu „Der Spiegel“: „Die amerikanische Wirtschaft wächst nicht einmal halb so schnell wie in den Neunziger Jahren. Japan ist zum kranken Mann Asiens geworden. Und Europa versinkt in einer Rezession, die mittlerweile auch die Exportmaschine Deutschland zum Stottern bringt...Der Kapitalismus im 21. Jahrhundert ist ein Kapitalismus der Unsicherheit.“⁽¹⁹⁾

In dieser Misere erfolgten die Attentate in Paris. Die Repräsentanten imperialistischer Staaten stellen sich an die Spitze des Gedenkens an die Opfer. Sie lassen wieder Hochgesänge auf die sogenannten westlichen, freiheitlichen, demokratischen Werte und auf die Menschenrechte erklingen, die auf den von ihnen geschaffenen Kriegsschauplätzen mit Füßen getreten werden.

Sie wollen ein falsches Bewusstsein erzeugen. Heuchlerisch will man dem Volk einreden „Wir alle (seien doch) Charlie“. Volksgemeinschaft wird gepredigt. Der deutsche Bundespräsident artikuliert den Ruf „Wir sind Deutschland“ ⁽²⁰⁾ Ein Auseinan-

19 Der Spiegel, 43/2014

20 www.dw.de/gauck-und-mazyek-wir-alle-sind

derdriften der Gesellschaft soll verhindert werden. Offensichtlich verzichtet Gauck deshalb darauf - wie er bei früheren Anlässen - zu betonen, dass „militärische Gewalt...in einer tief gespaltenen Welt notwendig und sinnvoll“ sei und deshalb mehr Bundeswehreinätze erforderlich seien. Auch die deutsche Bundeskanzlerin hat sich geäußert und u.a. erklärt, man müsse im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ die Lieferung weiterer Waffen in den Irak in Betracht ziehen. Wobei sie wohlweislich verschweigt, dass der Machtzuwachs des IS eine Folge des Scheiterns der Bemühungen der USA und ihrer Verbündeten ist, in Afghanistan, im Irak oder in Syrien prowestliche Regime zu installieren. ⁽²¹⁾ In Kiew versucht sich der Oligarchen-Präsident Poroschenko bei seinem „Anti-Terror-Krieg“ gegen Teile des Volkes der gleichen Methode zu bedienen. Er fordert, dass „alle Europäer heute zu Ukrainern werden.“ ⁽²²⁾

Der „War on Terror“, vom US-Imperialismus begonnen, wird indessen weitergeführt. Ein Krieg, der vor 14 Jahren begann und der immer neue Opfer fordert, der immer neues Chaos hervorruft, der legitimieren soll, rechtsstaatliche Grundsätze weiter auszuhebeln und Völkerrecht zu negieren. Der Friedensnobelpreisträger Obama sagte vor einem knappen Jahr in der US-Militärakademie West Point: „Die USA sind und bleiben die eine unverzichtbare Nation. Das ist für das vergangene Jahrhundert wahr und wird für das nächste Jahrhundert wahr bleiben...Amerika muss auf der internationalen Bühne immer führen. Wenn wir es nicht tun, tut es kein anderer...Die Vereinigten Staaten werden von militärischer Gewalt Gebrauch machen, einseitig, wenn nötig, wenn unsere Kerninteressen es erfordern - wenn unsere Leute bedroht sind, wenn unsere Lebensgrundlagen auf dem Spiel stehen, wenn die Sicherheit unserer Verbündeten auf dem Spiel steht.“²³

Auf die Bedrohung dieser Doktrin des US-amerikanischen

21 German Foreign Policy, 14. Januar 2015

22 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Januar 2015

23 Washington Post, 28. Mai 2014

politischen Establishment, - Weltführungsmacht, Weltpolizist und Weltrichter in einem zu sein – in welcher Art auch immer – reagiert die US - Administration seit Jahr und Tag mit entschiedenen politischen, militärischen und ökonomischen Interventionen. Und es ist ihr Bemühen ihre Verbündeten ob NATO, EU oder andere auf diese Linie festzulegen. Diesem Bemühen kommt das zunehmende Großmachtdenken der deutschen Eliten, als unverbrüchliche Verbündete der USA, entgegen.

Gegen diese Politik gilt es ein breites Bündnis, das auf Frieden und internationale Solidarität gerichtet ist, zu mobilisieren.

70 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Faschismus durch die Anti - Hitler - Koalition und die europäische Resistance bleiben mehr denn je der Wunsch und die Forderung nach einer friedlichen Welt. Der Ruf und die Verpflichtung, die vor 70 Jahren durch deutsche Lande ging:

„Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ und „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen !“ gilt für unsere Tage mehr denn je.



www.voltairenet.org/article186580.html

Am Rande der "Je-suis-Charlie"-Demo vom 11. Januar 2015 haben sich 56 Staats- und Regierungschefs in einer Seitenstraße des Demonstrationszuges versammelt und einige Minuten vor den Kameras posiert, bevor sie heimfuhren. Auf Grund dieser Bilder wurden sie als Anführer einer Demonstration vorgestellt, an der sie nie

teilgenommen haben